

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 29. August 1931

35. Jahrgang

Nummer 35

Dem Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M.

Am Montag, dem 31. August, wird im Palmengarten-Restaurant zu Frankfurt a. M. der 14. Kongreß der Freien Gewerkschaften Deutschlands (4. Bundestag des ADGB.), eröffnet. Die vorgesehene Tagesordnung umfaßt einschließlich der geschäftlichen Erledigung 8 Punkte, von denen der eine so wichtig ist wie der andere. Wohl steht die eine oder andere Frage mehr im Vordergrund, weil sie in der vor uns liegenden Zeit zur Lösung gebracht werden soll, wie die vierzigstündige Woche, Ausbau des Arbeitsrechts, öffentliche und private Wirtschaft. Aber auch die organisatorischen Angelegenheiten, die in den Bundesstatuten und in der Wahl des Bundesvorstandes ihren Niederschlag finden, treten durchaus nicht zurück. Damit hängt sehr eng zusammen der Bericht des Bundesvorstandes für die Zeit vom Hamburger bis zum Frankfurter Kongreß.

Gewiß, es liegen die Jahresberichte des ADGB. vor, und wer sich informieren wollte über die Tätigkeit des von den Rabatinskas wie von den reaktionären Stimmungs- und Scharmachern in gleicher Weise geschmähten und gehähten ADGB., der konnte es vollauf. Auch die jeweiligen Berichte von den Bundesauswahlsitzungen dienen und dienen immer bis ins kleinste der Information über die Tätigkeit und Handlungen des Bundesvorstandes der freien Gewerkschaften. Dennoch ist der mündliche Bericht des Bundesvorstandes auf dem Kongreß in Frankfurt a. M. die Plattform, auf der nur die Beschlüsse in Form und Inhalt für künftige gewerkschaftliche Wirken zustande kommen können. Das ist durchaus keine Neuigkeit, es war schon immer so, daß die Erfahrung aus der zurückliegenden Zeit den Blick für die Zukunftsbearbeitung geschärft und gefestigt hat.

Die „Gewerkschaftszeitung“ des ADGB. vom 15. August 1931 bringt die zahlenmäßigen Unterlagen über die Gewerkschaften im Jahre 1930. Daß die Mitgliederzahl im letzten Jahr nicht zugenommen hat, ist mit Rücksicht auf die Wirtschaftskrise selbstverständlich. Der Rückgang beträgt jedoch nur 4,7 Prozent, ist also ziemlich unerheblich. Am Anfang des Berichtsjahres zählte der ADGB. 4948 209 Mitglieder, am Schluß 4717 569. Die 35 dem Bund angeschlossenen Gewerkschaften sind durch Verschmelzungen und den Ausfall der Filmgewerkschaft auf 31 zurückgegangen. Drei Verbände, unter ihnen die Buchdrucker, können eine Mitgliederzunahme aufweisen. Der Rückgang zeigte sich am stärksten beim Steinarbeiterverband, bei dem er 16,7 Proz. beträgt. Diese Tatsache ist eine Rückwirkung der Arbeitslosigkeit, von der die Steinindustrie und der Steinstraßenbau besonders stark betroffen war und leider heute noch ist. Ähnlich steht es bei den Musikern; hier beträgt der Verlust 13,7. Die Arbeitslosigkeit wurde hier vor allem durch die Tonfilmindustrie verursacht. — Die Ausgaben der Gewerkschaften sind im Jahre 1930 um 31,3 Millionen gestiegen, die Einnahmen um 19,7 Millionen gesunken. Hier wirkt sich nicht nur der Rückgang an Mitgliedern aus, sondern auch deren geringe Leistungsfähigkeit; Ausgesteuerte, noch arbeitslose Mitglieder zahlen bekanntlich keine Beiträge. An Extrabeiträgen — dies stellt in der gegenwärtigen Zeit eine besondere Leistung dar — sind 2 100 000 Mark eingegangen. Mehr als die Hälfte der gesamten Ausgaben fallen auf Unterstützungungen. Dieser Ausgabeposten ist gegenüber 1929 enorm gestiegen, und zwar von 86 Millionen auf 123,5 Millionen. Darunter befinden sich u. a. für Arbeitslosenunterstützung mehr als 77 Millionen und für Krankenunterstützung fast 23 Millionen. Die Ausgaben für Arbeitskämpfe sind um 3,4 Millionen zurückgegangen. Das Jahr 1930 wird „hinichtlich der Tarifbewegungen als ein Jahr des Stillhaltens“ bezeichnet. — Die Zahl der Ortsauschüsse des ADGB. betrug 1288, das sind 8 mehr als im Vorjahr. 116 Ortsauschüsse hatten eine Mitgliederzahl von über 25 000. Der Bund unterhält 123 Arbeiter-Sekretariate, außerdem 423 Reichsauswahlsstellen. Die Bildungsarbeit des ADGB. wird durch folgende Zahlen dargelegt: 528 Kurse für Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, 603 Kurse für sämtliche Mitglieder, 4431 Versammlungen mit Bildungsvorträgen, 6743 Gewerkschaftsversammlungen. Im ganzen Reich existieren 167 Gewerkschaftshäuser.

Das Vorstehende sind nur einige, von uns herausgegriffene Angaben aus der Gesamtübersicht.

Der Kongreß tritt in einer Zeit zusammen, die von jedem einzelnen Gewerkschaftsmitgliede große Einsicht in die deutschen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten verlangt, wobei die Vernunft in der Beurteilung des eigenen Kräfteverhältnisses und dessen von drüben nicht zurücktreten darf, noch weniger die Überzeugung von der Notwendigkeit und dem Willen, das private und öffentliche Leben gewerkschaftlich zu beeinflussen. Diese Eigenschaften wie Einsicht, Vernunft, Überzeugung und Willen besitzen, schließt natürlich eine Kritik nicht aus, soll es auch nicht, nur bedingen sie sachliche Würdigung der Leistung und ebensolche Vorschläge um es anders, also besser zu machen.

Dazu liegen bereits eine ziemliche Anzahl von Anträgen vor, sie sind wohl zum Teil verfaßt, ehe die deutsche Finanzkrise vor etwa 5 Wochen ihre Wellen nach Paris und London schlug und schließlich die Vertreter der am meisten interessierten Länder dort ans Land spülte, um dem wackligen kapitalistischen Gefüge eine neue Stütze zu geben versuchen. Diese deutsche Finanzkrise hat für die Öffentlichkeit manche Erklärung gebracht, wieso und weshalb dieses und jenes notverordnet wurde. Bekannt müßte daraus eigentlich sein, daß über die andere Frage: Warum bei allen diesen kapitalistischen Krankheitserscheinungen und staatlichen Angst-

zuständen, der Lebensmöglichkeit des Arbeitsvolkes, einschließlich der Angestellten und unteren Beamten, das meiste Blut abgezapft wurde? — Nicht der ADGB., also nicht die Gewerkschaften zu entscheiden hatten. Hier entschied in erster Linie die in der Zwischenzeit vom Kongreß in Hamburg bis zum Kongreß in Frankfurt eingetretene staatliche Finanzklemme durch die Arbeitslosigkeit der Millionen, den Steuerausfall, ferner das politische wie wirtschaftliche Verhängnis der Reichstagswahl vom 14. September 1930 und die sich immer mehr verschärfende Weltwirtschaftskrise. Alles dieses hat die reaktionären Bestrebungen in Deutschland in demselben

Wer steckt dahinter?

Unter dem 16. 8. 31 ging ein mit Schreibmaschine gefertigtes Rundschreiben an die Belegschaften verschiedener Firmen mit folgender Ueberschrift:

„Vertraulich für alle Mitglieder des Steinarbeiter-Verbandes.“

Statt einer Unterschrift schloß das anonyme Schreiben mit: „Einige Kollegen von Halle.“ Bezeichnenderweise sind die Briefumschläge, in denen dieses Machwerk versandt wurde, gelb, auch tragen sie den Poststempel Halle, womit allerdings noch nicht erwiesen ist, daß die Urheber dieser verbandseindlichen Aktion in Halle sitzen. Doch das ist ziemlich nebensächlich. Worauf es den Urhebern ankommt, werden die Leser an den Kostproben feststellen, welche wir ihnen aus dem anonymen Schreiben geben. Es heißt in demselben:

„Die letzten Vorgänge in Leipzig und besonders der seit 3 Monaten bestehende Streik bei den Kollegen der Marmorbetriebe in Leipzig, Chemnitz und Zwickau verdienen nähere Beachtung. Es wird bei der Verbandsleitung der Steinarbeiter in Leipzig mit zweierlei Maß gemessen, sonst wäre es nicht möglich, daß

1. alle Kollegen in Leipzig, ob sie vor dem Streikbeginn in Arbeit gestanden haben oder nicht, vom Zentralverband die reguläre Streikunterstützung beziehen (auch Fürsorgeempfänger).“

2. die meisten Kollegen vor dem Streik nur 3 Tage gearbeitet haben, durch den Streik jedoch ein höheres Einkommen (bis 42 RM pro Woche) haben als vorher.

Wir sind überzeugt, und sicherlich werden uns die meisten Kollegen im Reich zustimmen, daß eine solche Unterstützung bisher keiner Zahlstelle und keinem Bezirk zugesprochen ist, dazu muß man ganz gute Freunde bei der Verbandsleitung haben und bei denen, die die Kasse verwalten.

Wie stimmt das mit der heutigen Zeit zusammen mit der immer betonten Solidarität? Unter letztes wäre es, gegen die Unterstützung bei den notwendigen Arbeitskämpfen zu schreiben, denn dazu sind unsere Gelder da, aber gerecht muß es bei der Verteilung zugehen. Der Kollege im entferntesten Dorf an der Grenze hat das gleiche Recht, wie diejenigen, die bei der Verbandsleitung am Stammtisch sitzen.

Wie auch die Erklärungen von Leipzig kommen werden, wir und eine große Anzahl von Kollegen aus dem Reich werden den dortigen Verhältnissen ein besonderes Interesse schenken.“

Wäre es den Urhebern des Rundschreibens nur darum zu tun gewesen, Klarheit über ihren Unverständlichen zu erhalten, so brauchten sie den umständlichen, mit großem Zeit- und Kostenaufwand verknüpften Apparat nicht in Bewegung zu setzen. Eine mündliche oder schriftliche Anfrage bei dem von ihnen beschuldigten Verbandsvorstand hätte genügt, ihnen die Grundlage ihrer Beschuldigung zu entziehen. Doch dann wäre ja der gewollte Zweck von vornherein nicht zu erreichen gewesen, während man bei der Hinausgabe der Verleumdungen doch erfahrungsgemäß damit rechnen konnte: „Etwas wird schon hängen bleiben.“ Nur dieser Umstand ist es auch, welcher uns veranlaßt, von unserer sonstigen Übung abzugeben, „anonyme Sachen lediglich dem Papierkorb einzuverleiben“.

Wie in allen Verbandsangelegenheiten ist auch in dieser Angelegenheit nur das Statut maßgebend gewesen. Es sind weder Arbeitslose in die Reihen der Streikunterstützungsempfänger aufgenommen, noch gehen die Streikunterstützungssätze über die statutarischen Bestimmungen hinaus.

Auf die blöde Behauptung einzugehen, daß man nur gute Freunde bei der Verbandsleitung und bei der Kassenverwaltung zu haben brauche, um Sonderprivilegien auf Kosten der Gesamtmitgliedschaft zu genießen, glauben wir nicht nötig zu haben. Wer die Verhältnisse kennt, der weiß, daß dem gesamten Verbandsvorstand ein Mitglied so lieb wie das andere ist und daß sich die Gegenleistungen des Verbandes nur nach den Leistungen der Mitglieder richten. Den Stammtisch aber — den wollen wir den Verleumdern schenken, falls sie ihn entdecken. Ein solcher besteht wegen weitverbreiteter Abstinenz überhaupt nicht.

Mit dieser humoristischen Feststellung könnte man über die Sache hinweggehen, doch hat sie auch eine höchst ernste Seite. Wer steckt dahinter? — Wo sind die Urheber zu suchen? — In gewerkschaftsfeindlichen Unternehmern- oder Arbeiterfreien? Wir halten das eine so gut möglich wie das andere. Der Erfolg eines solchen listigen Vorgehens kommt aber immer nur den Unternehmern zugute. Daher abgerückt von solchen Methoden.

Der Verbandsvorstand.

Maße gestärkt, wie es die Kraft und den Einfluß der sozialistischen Arbeiterorganisationen geschwächt hat. Dazu nun eine Reichsregierung, die ausnahmslos in ihrer Zusammensetzung nur auf die Wahrung privatkapitalistischer Belange eingestellt ist.

Nicht vergessen werden darf bei Skizzierung dieser allgemeinen Lage die Tragik für die Arbeiterklasse, die in der systematischen Zermürbung ihrer organisatorischen, ideellen und materiellen Kraft liegt, betrieben von den Kommunisten und der von ihnen aufgezogetenen Roten Gewerkschaftsopposition (RGO.). Die Auswirkungen dieser weltrevolutionären Schandarbeit spüren wir nicht nur ständig in der Gesetzgebung gegen das gesamte Arbeitsvolk, sondern auch im Betriebsleben und bei den Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie auch bei der Wahrnehmung arbeitsrechtlicher Interessen im Kleinen.

Das alles wäre noch viel unerträglicher für die Arbeiterklasse, wenn wir nicht die im ADGB. vereinigten Gewerkschaften und ihre Spitzenvertretung, also den Bundesvorstand, hätten. Die Kommunisten bzw. die RGO. haben natürlich für alles und jedes, was in der Wirtschaft und Politik sich zeigt, immer dasselbe Rezept: Streik, Generalkstreik und verleumderisches Schimpfen auf die Gewerkschaften und auf deren politische Vertretung. Dabei ist jedem einigermaßen informierten Arbeiter zur Genüge bekannt, daß die RPD-Methoden samt ihrem sogenannten revolutionären Aufklärer mindestens ebensoviel zur Verschärfung der Lage Deutschlands zum Schaden des arbeitenden Volkes dauernd beitragen wie jene verruchten Methoden der Nazis. Erinnert sei hier nur an die blamable Beteiligung der RPD beim Volksentscheid in Preußen am 9. August. Nun, die Gewerkschaften und ihren Bundesvorstand wird das revolutionäre und nationalsozialistische Geträhle nicht beirren, um auch fernerhin in der von ihnen als richtig erkannten Weise die Lebens- und Staatsinteressen der Arbeiterklasse wahrzunehmen.

Das Wirken des Bundesvorstandes im Namen und in Vollmacht des ADGB. ist so unendlich vielseitig und verantwortungsbewußt für seine Mandatgeber, daß selbst die schärfsten Gegner, falls ihnen noch ein Fünkchen Objektivität anhaftet, mit achtungsvollem Respekt auf diese rührige Gewerkschaftsvertretung blicken; und wer als Bundeszugehöriger diese Arbeitsleistungen im einzelnen verfolgen kann, wird, auch wenn er in manchem ein anderes Resultat sehen möchte, dennoch volles Vertrauen auf den ADGB. und seine Leitung haben. Was allein auf dem Gebiet der Sozialpolitik geleistet wurde und nicht zum wenigsten in der Abwehr der von den Unternehmerspitzenorganisationen seit Jahren geplanten Verschlechterungen, kann hier im einzelnen nicht aufgeführt werden. Wir erinnern nur an den aufreibenden Kampf in der zurückliegenden Zeit um die Arbeitslosen- und Krisenunterstützung. Das dauernde Anrennen der Reaktion gegen die Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherung ist unseren Kollegen sicherlich bekannt, und das ewige alberne Geschrei der Scharfmacher über „Marxismus“ ist nach deren eigenem Eingeständnis fast nur auf die sozialpolitische Gesetzgebung in Deutschland zurückzuführen und ihre große Wut über das davorliegende schützende Bollwerk — die Gewerkschaften — kennt keine Grenzen. Die zermürbende Wirtschaftskrise und die Zersplitterung der Arbeiter soll, so hoffen die Reaktionen schnellst, Bresche in dieses Bollwerk reißen. Der ADGB. und seine Führung, nebst der sozialdemokratischen Partei lassen sich aber nicht beirren, sind auf der Wacht, deshalb und nur darum immer wieder der vermaledeite — Marxismus.

Wir wollen diesen Faden nicht weiterpinnen, schon deshalb nicht, weil hier nicht alles aufgeführt werden kann, was die Arbeitsleistung des ADGB. und seines Vorstandes umreißt und das nicht immer äußerlich in Erscheinung tritt. Auf dem Kongreß wird das sicherlich genügend erörtert werden.

In der kommenden Woche werden nun Millionen von schwergeprüften Gewerkschaftsmitgliedern mit ihren Gedanken in Frankfurt a. M. weilen; sie wissen, daß diese Gewerkschaftstagung zusammentritt in der schwersten wirtschaftlichen Krise die je die Welt erschüttert hat. Diese Millionen, die seit nahezu zwei Jahren den schwersten Druck ertragen haben, wissen aber auch, daß der Kongreß allein keine Wunderdinge vollbringen kann, um dem wirtschaftlichen Arbeiterleben ein anderes, ein freundlicheres Gesicht zu geben, dazu fehlen ganz wichtige Voraussetzungen; aber diese schaffen helfen, ist Aufgabe jedes einzelnen Gewerkschaftsmitgliedes. Alles in unserer großen sozialistischen Arbeiterbewegung basiert ja nur auf dem Vertrauen des einzelnen, auf der seltenen Überzeugung zu unserer gemeinsamen Sache. Die Weltwirtschaftskrise unter der die deutschen Arbeiter am schwersten leiden, kann nicht von einer Landesorganisation, und sei sie zahlenmäßig auch noch so stark, gelöst werden; das weiß übrigens jeder einigermaßen geschulte Arbeiter. Dennoch erwarten die circa 5 Millionen Mitglieder von diesem Gewerkschaftskongreß in Zeiten der größten Notlage gangbare Wege gezeigt, um die Arbeitslosen unter erträglichen Existenzbedingungen wieder in die Produktion einzureihen. Sie erwarten weiter, daß der Gewerkschaftskongreß den herrschenden Gewalten in der Gesetzgebung, in der Wirtschaft, in der Politik den eisernen Willen dieser Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter entgegensetzt, um die jegliche Glendseignis in absehbarer Zeit zu ändern. Die Lage ist sehr ernst für alle die es angeht und die verantwortungsbewußt sind.

Wir haben das Vertrauen zum 14. Gewerkschaftskongreß, zu seinen organisatorischen, materiellen und ideellen Trägern, daß sie dieser ernsten Lage durch entsprechende Handlungen in Reden und Beschlüssen gerecht werden. In diesem Sinne übermitteln wir der Frankfurter Tagung im Namen des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands unseren kameradschaftlichen Gruß mit dem Wunsch auf fruchtbringende Arbeit für die Gesamtheit.

Aus dem Jahresbericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1930

Der Freistaat Sachsen ist mit Gesteinsvorkommen verschiedenster Art gesegnet. Erinnert sei nur an den Lausitzer Granit, das Elbsandsteingebirge und den Quarzporphyr in der Wurzen Gegend.

Anfang August 1930 waren in Sachsen rund 17 500 Arbeitnehmer in Steinbrüchen und Sandgruben und bei der Steinbearbeitung beschäftigt.

Der Bericht führt aus, daß sich die Ungunst der wirtschaftlichen Lage auch im Betriebsratwesen widerspiegelte und die Wirksamkeit der Betriebsvertretungen wohl etwas eingeschränkte.

Die zuständige sächsische obere Verwaltungsbehörde haben fast durchgängig die Anträge einzelner Innungen, die Lehrzeit von drei Jahren auf vier Jahre zu verlängern, vernünftigerweise abgelehnt.

Von 128 tödlichen Unfällen im ganzen Freistaat Sachsen entfallen 33 auf die Industrie der Steine und Erden.

Bei der Benutzung einer elektrischen Handlampe mit einem schadhaften Führungstabell erlitt der Arbeiter an einem Steinbrecher einen elektrischen Schlag, der durch Abwurf des Arbeiters eine Axtverkürzung und Verletzungen an Arm und Kopf zur Folge hatte.

Zwei Arbeiter wurden durch Kurbelschlag an einer Bohrmaschine verletzt. Beim Durchgang durch den Jahrschicht unter der abwärts-

gehenden Förderseile einer Abfahrsvorrichtung wurde ein Arbeiter zu Tode gedrückt.

Fünf Menschenleben wurden durch überraschend niedergehende Steinmassen vernichtet.

Ein Sprengmeister, der verstreutes Schwarzpulver durch Abbrennen mittels einer Zündschnur beseitigen wollte, erlitt dabei Verbrennungen im Gesicht.

Das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat gerade in den letzten Jahren der Unfallverhütung in den Steinbrüchen und bei der Sprengarbeit seine ganz besondere Aufmerksamkeit zugewendet.

Wegen Arbeitszeitüberschreitung erhielten in der Industrie der Steine und Erden Arbeitgeber gerichtliche Geldstrafen von 85 Mark (12 1/2 Stunden Arbeitszeit).

Im Berichtsjahr 1930 waren in der sächsischen Gewerbeaufsicht 82 Außenbeamte, und zwar 36 obere und 46 mittlere Beamte, tätig.

Im Berichtsjahr 1930 waren in der sächsischen Gewerbeaufsicht 82 Außenbeamte, und zwar 36 obere und 46 mittlere Beamte, tätig.

Bücher und Zeitschriften

Bei südafrikanischen Minenboss. Im südlichen Afrika lebten früher ein paar Millionen Neger und einige zehntausend Buren auf flüchtig bewirtschafteten Feldern und Weidplätzen.

Ursprünglich: „Das Panama der Nordpol.“ Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Berlin SW 68.

„Das Panama der Nordpol.“ ist eine (überragende) journalistisch geradezu glänzend geschriebene Broschüre, die jeden, besonders aber jeden Gewerkschaftsmitglieden interessieren muß.

Millionäre in Deutschland

Im Jahre 1911 gab es in Preußen 9349 Millionäre. Von diesen befanden sich 6869 in den Städten und 2480 auf dem Lande.

Infolge Inflation und Konzentration des Kapitals, teilweise auch durch den Zusammenbruch der Monarchie und durch Kapitalflucht ins Ausland hat die Zahl der Millionäre beträchtlich abgenommen.

Der reichste Mann in Deutschland wäre Wilhelm in Doorn, der letzte Kaiser, wenn er in Deutschland haufen würde.

Dank schärfster Ausbeutung der Arbeiterschaft haben es natürlich auch die Schwerindustriellen zu zahlreichen Millionen gebracht.

In Deutschland stehen also den 60 000 000 Menschen ganze 2500 Millionäre gegenüber. Diese kleine reiche Gruppe kann auf Grund ihres wirtschaftlichen Besitzmonopols rücksichtslos Millionen von Volksgenossen knechten und ausbeuten.

Vor zehn Jahren

Am 26. August 1921, vor 10 Jahren, wurde in Griesbach im badischen Schwarzwald der damalige Reichstagsabgeordnete und Finanzminister Matthias Erzberger von seinen Mördern erschossen.

Erzberger gehörte von 1903 bis zu seinem Tode ununterbrochen dem Reichstag als Zentrumsabgeordneter an.

Als der Zusammenbruch der militärischen Macht Deutschlands Anfang November 1918 offensichtlich wurde und ein Waffenstillstand auf jeden Fall abgeschlossen werden mußte, da es sich zum ersten Male in der Geschichte der Kriege, daß die Verhandlungen nicht von den Vertretern der militärischen Kreise geführt wurden,

Als dann Erzberger als Finanzminister noch gar versuchte, die Kriegsgewinne durch eine gerechte Steuerpolitik zu erfassen, schlug das dem Fasch den Boden aus.

Gegen keinen Mann in Deutschland ist eine schamlosere und gemeinere Hege entfaltet worden als gegen den ermordeten Erzberger.

Deutschland hineingeführt hatten. Die wirklich Verantwortlichen drückten sich feige vor den Folgen ihrer Politik.

Als dann Erzberger tatsächlich von den Augen verheerter junger Menschen fiel, da herrschte in den sich so national gebärdenden Kreisen eitel Freude.

Run danket alle Gott für diesen braven Mord! Den Erzhalunken, scharrt ihn ein, Heilig soll uns der Mörder sein, Die Fahne Schwarz-Weiß-Rot!

Einem anderen Mann nahm sich die Reaktion zum Ziel ihrer Hege, als Erzberger gefallen war: Walter Rathenau! Auch er fiel durch Mordhand.

Den Rechtsradikalen, der Nazi-Fest, genügen diese Blutopfer und die der vielen namenlosen Helden nicht, die im Dienste der Republik Gesundheit und Leben opfern mußten.

Praktisch wird diese Entscheidung bei jedem einzelnen liegen. Die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse haben große Massen Unzufriedener zu Mitläufern der Nazis und der Kommunisten werden lassen.

Arbeit...

Auf Kalendertafeln und in Zusammenstellungen von Zitaten findet man oft Verse und Sprüche, die vom Lob der Arbeit sprechen.

nichts weiter als Galgenhumor, und nichts wäre verkehrter, die „Urteile“ der Arbeitslosen wörtlich zu nehmen und danach etwa ihre Arbeitswilligkeit und Arbeitsfreudigkeit zu beurteilen.

„Wer die Arbeit hat erfunden, hat an stemeln nie gedacht, sonst hätt' er die schönsten Stunden auf dem Nachweis zugebracht!“

„Und etwas hüßig heißt es: „Der Kerl, der die Arbeit erfunden hat, muß nicht zu tun gehabt haben!“

„Boher hast du denn den steifen Hals?“ „Ich hab mich nach Arbeit umgesehen!“

Oder: „Der hat keine Angst vor der Arbeit, der legt sich sogar neben ihr schlafen!“

„Arbeit ist ganz schön, stundenlang kann man zusehen!“ „Beim Arbeiten verbummelt man die meiste Zeit!“

„Schließlich noch ein dritter: „Und wenn sie uns die Stiefelsohl'n mit Kaviar beschmier'n, wir lassen uns nicht, wir lassen uns zur Arbeit nicht verführen!“

Damals fiel es keinem ein, wegen solcher Verse etwa die Arbeitslosen, die es ja damals auch gegeben hat, als arbeitslos oder faul zu bezeichnen oder gar den Staat und seine Fürsorgeeinrichtungen für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen, wie es heute von rechts und von einigen besonders eifrigen Moralisten immer wieder geschieht.

Arbeit ist des Bürgers Fierde, Segen ist der Mühe Preis. — Arbeitslos ein Jammerleben, Not und Elend haufenweil!“

„Kann man oft Verse und Sprüche, die vom Lob der Arbeit sprechen, fast wirken sie in dieser Zeit der Massenarbeitslosigkeit wie ein Hoffn. Ueber die innere Wahrheit der meisten dieser Verse ist nicht zu streiten, sie passen aber nicht in unsere Zeit, in der Millionen Menschen wohl brennend gern arbeiten wollen, aber keine Arbeit finden.“

„Kann man oft Verse und Sprüche, die vom Lob der Arbeit sprechen, fast wirken sie in dieser Zeit der Massenarbeitslosigkeit wie ein Hoffn. Ueber die innere Wahrheit der meisten dieser Verse ist nicht zu streiten, sie passen aber nicht in unsere Zeit, in der Millionen Menschen wohl brennend gern arbeiten wollen, aber keine Arbeit finden.“

„Kann man oft Verse und Sprüche, die vom Lob der Arbeit sprechen, fast wirken sie in dieser Zeit der Massenarbeitslosigkeit wie ein Hoffn. Ueber die innere Wahrheit der meisten dieser Verse ist nicht zu streiten, sie passen aber nicht in unsere Zeit, in der Millionen Menschen wohl brennend gern arbeiten wollen, aber keine Arbeit finden.“

„Kann man oft Verse und Sprüche, die vom Lob der Arbeit sprechen, fast wirken sie in dieser Zeit der Massenarbeitslosigkeit wie ein Hoffn. Ueber die innere Wahrheit der meisten dieser Verse ist nicht zu streiten, sie passen aber nicht in unsere Zeit, in der Millionen Menschen wohl brennend gern arbeiten wollen, aber keine Arbeit finden.“

Die Entwicklung des Steinarbeiterverbandes im Rahmen des ADGB seit 1928

Erklärung: Die in den Jahresrubriken angegebenen Zahlen geben die Stelle an, an welcher der Verband im ADGB der Reihe nach steht. Zum Beispiel mit der Mitgliederzahl im Jahre 1928 an 17. Stelle von 34 Verbänden; 1930 an 16. Stelle von 31 Verbänden.

Table showing membership and financial data for the Steinarbeiterverband from 1928 to 1930. Columns include year, membership count, and various financial items like contributions and costs.

Zu vernehmender Gegenüberstellung zunächst einige allgemeine Bemerkungen. In den 3 Jahren von 1928 bis 1930 haben sich die allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse wesentlich verändert. Dabei sind die verschiedenen Wirtschaftszweige und deren Organisationen keineswegs gleichmäßig von der Krise betroffen worden...

Mit der Mitgliederzahl (im Jahresdurchschnitt) rückten wir teilweise infolge der durch Zusammenstoß eingetretenen Verminderung der Zahl der dem ADGB angeschlossenen Verbände nun der 17. auf die 16. Stelle. Mit den meisten Mitgliedern beginnend ergab sich in den 3 Jahren folgende Veränderung in der Reihenfolge:

Table comparing the rank of various unions in the ADGB from 1928 to 1930. Lists unions like Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Bauergewerksbund, etc., and their respective ranks.

Zusammen 4 653 586 (1928) / Zusammen 4 821 832 (1930). Includes a note about the merger of the Bauergewerksbund and Bauarbeiterverband.

Im Vergleich der Mitgliederzahlen am Ende der Jahre 1929 und 1930 zeigen sich die ersten verheerenden Wirkungen der Krise. Nur die Verbände der Buchdrucker, Meßler und Schornsteinfeger vermochten noch zuzunehmen. Es hatten Mitglieder...

Table showing membership changes for various unions from 1929 to 1930. Lists unions like Steinmetzen, Buchdrucker, Meßler, etc., and their membership counts for both years.

Der starke Rückgang unserer Mitgliederzahl wird zum größten Teil erklärlich durch die seit Mitte 1929 rapid abnehmende Beschäftigungsmöglichkeit in allen Zweigen des beruflichen Geltungsbereiches unseres Verbandes...

Der Mitgliederabgang ist in den Gruppen unseres Verbandes am stärksten, deren Angehörige auch in Zeiten guter Konjunktur nicht ausschließlich auf den Erwerb in der Steinindustrie angewiesen sind (kleine Landwirte, Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter)...

Wie im ADGB sind im Verbands die Einnahmen gegen das Vorjahr gesunken, die Ausgaben aber gestiegen. In welchem Maße zeigt folgende Gegenüberstellung:

Table comparing income (Einnahme) and expenses (Ausgabe) between the ADGB and the Steinarbeiterverband for 1929 and 1930.

Die erhebliche Differenz in der verminderten Einnahme des Verbandes gegenüber der gleichfalls verminderten Einnahme aller ADGB-Verbände wird sofort erklärlich, wenn die durchschnittliche Arbeitslosigkeit beider Faktoren in Vergleich gestellt wird. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit im Jahre 1930 betrug im ADGB 23,0 Prozent, im Steinarbeiterverband aber 47,6 Prozent...

Die verhältnismäßig bedeutend höhere Mehrausgabe im ADGB erklärt sich durch die weitergehenden Unterstützungseinrichtungen der meisten anderen Verbände. Wegen der überaus hohen Zuanpruchnahme derselben (bei ständiger Verringerung der Einnahmen) haben sich einige Verbände bereits genötigt, einen teilweisen Abbau ihrer Unterstützungsjahre vorzunehmen.

Daß die Aktionsfähigkeit des Verbandes trotz der überaus ungünstigen Verhältnisse nicht über das normale Maß hinausgehend gelitten hat, zeigen unsere Ausgaben für Arbeitskämpfe, mit denen wir im Krisenjahr 1930 immer noch an 6. Stelle stehen. Mit den Ausgaben für Presse und Bildungszwecke sind wir trotz der gemachten Einsparungen im Bildungsweien (Unterbrechung der Wanderturse) noch von der 16. auf die 14. Stelle gerückt...

Die Kosten der Hauptverwaltung erfuhren eine wesentliche Steigerung infolge der Durchführung des Berliner Verbandstagsbeschlusses: Rechts- und Straßenbauabteilung durch je einen Kollegen (Neumüller und Schlegel) zu erweitern. Ob und inwieweit sich diese Neuerung bewährt hat, geht aus dem Jahrbuch des Verbandes für 1930 hervor.

Die Verwaltungskosten der Zahlstellen müssen nach wie vor trotz des Aufrückens von der 30. auf die 28. Stelle als äußerst gering angesehen werden. Es dürfte sich an dem früheren Verhältnis nicht einmal etwas geändert haben, denn von unten angefangen, standen wir bei 34 dem ADGB angeschlossenen Verbänden an 5. Stelle und bei der verminderten Zahl der Verbände von 31 an 4. Stelle.

Mit vorstehenden Ausführungen wollten wir den Mitgliedern an Hand von Zahlen ein möglichst genaues Abbild der in den letzten 3 Jahren vor sich gegangenen Entwicklung des Verbandes und seines gegenwärtigen Standes geben. Möge jeder Kollege aus dieser Schilderung das Gesamtergebnis selbst feststellen und die im Verbandsinteresse gelegene Nutzenanwendung daraus ziehen.

Straßenbau und freiwilliger Arbeitsdienst

Nach den bisherigen Erfahrungen, die allerdings so gering sind, daß sie Schlüsse noch nicht zulassen, scheint die feste Absicht zu bestehen, den Straßenbau als ein geeignetes Arbeitsgebiet für den „freiwilligen“ Arbeitsdienst zu betrachten. Die Gemeinden, in deren Händen die Ausführung der Arbeiten, die hauptsächlich unter den Arbeitsdienst fallen, liegt, wollen auf diese Art und Weise zu einer billigen Modernisierung ihrer Straßen kommen...

als Notstandsarbeiten, nicht aber im sogenannten „freiwilligen Arbeitsdienst“ ausgeführt werden. Genau so verhält es sich mit dem Straßenbau. Auch er kann als Notstandsarbeit durchgeführt werden. Was hier als „freiwilliger Arbeitsdienst“ angepriesen wird, stellt sich beim näheren Hinsehen als Zwangsarbeit heraus.

Die Herstellung einer Landstraße erfordert zum Beispiel einen Gesamtaufwand von 4 Mill. Reichsmark. Bei dieser Arbeit könnten etwa 360 Arbeitsdienstpflichtige bei achtstündiger Arbeitszeit acht Monate beschäftigt werden. Legen wir beim freien Arbeitsverhältnis unter Hinzurechnung von Steuern und sozialen Lasten einen Tagelohn von annähernd 10 Mark zugrunde, so hätten durch unentgeltliche Beschäftigung von Arbeitsdienstpflichtigen an Arbeitslöhnen rund 700 000 Mark erspart werden können.

Also auf Kosten der Arbeiter geht die Durchführung der Straßenbauarbeiten! Sie sollen umsonst arbeiten. Nur so ist es möglich, daß an einem Straßenbau, der eine Million kostet, 250 000 Mark gespart werden können. Die Unternehmer, die die Baumaterialien liefern, büßen an ihrem Gewinn nichts ein. Auch der Unternehmer, der mit der Durchführung der Arbeit beauftragt ist, erleidet keine Einbuße.

Die Modernisierung des Straßennetzes in Deutschland ist notwendig und wird auch von uns gewünscht und befürwortet. Aber nicht auf dem Wege des „freiwilligen“ Arbeitsdienstes darf die Durchführung vorgenommen werden.

Eigenartiges Sprengungslück in einem Grauwadesteinbruch

Gewerberat Franke-Lüdenscheid berichtet in dem Aprilheft des „Zentralblattes für Gewerbehygiene“ über einen eigenartigen Sprengungslück, der sich in einem großen Grauwadesteinbruch zugetragen hat.

In einem großen Grauwadesteinbruch, so berichtet Gewerberat Franke, waren 8 Schüsse, davon ein Knäppererschuß, gesetzt worden. Die Bohrlochtiefe der Schüsse war etwa 2,4 Meter bei einem Abstand von 3 Metern. Sämtliche Schüsse waren mit Ammoniak 5 befüllt. Für den Knäppererschuß war nur Zündung mittels Zündschnur vorhanden, bei den beiden anderen Schüssen war den Vorschriften entsprechend außer der elektrischen Momentzündung je etwa eine 1,4 Meter lange Zündschnur mit Kapfel als zweite Zündung beigelegt. Die zur Verwendung gekommene Zündschnur war doppelt umspannen und geteert; die elektrischen Zünder waren Brückenglühzünder mit aufgeteilter Aluminiumsprengkapsel Nr. 8. Als Zündungsdiensten mit Gummi umpreßte Drähte. Die Unfalluntersuchung ergab, daß der Vorrat an Sprengmitteln sich in brauchbarem Zustande befand. Zuerst wurde der Knäppererschuß angezündet, dann die beiden Zündschnüre für die anderen Schüsse, nachdem vorher die elektrische Zündleitung ordnungsgemäß geprüft war.

1. Der benachbarte Schuß hat bewirkt, daß sich das Gebirge innerhalb der genannten Zeit gesetzt oder verschoben hat, wodurch infolge Reibung oder Druck der Verlagererschuß zur Entzündung gebracht ist. Diese Erklärung dürfte die unwahrscheinlichere sein, weil es allgemein für ausgeschlossen angesehen wird, daß das gegen mechanische Beanspruchung sehr unempfindliche Ammoniak 5 durch Gebirgsdruck zur Detonation gekommen sein kann. Anders verhält es sich dagegen mit einer etwa unerschert gebliebenen Sprengkapsel, da diese durch Schlag, Stoß oder Reibung zum Zerspringen gebracht sein könnte.

Wie die deutsche Reichsbahn ihre Gesteinsmaterial prüft

Zu den größten Abnehmern der Erzeugnisse der Steinindustrie zählt die Deutsche Reichsbahn AG. Werden doch allein für die Erneuerung der Bettung auf den Strecken der Deutschen Reichsbahn jährlich etwa 40 Millionen RM nur für Bettungstoffe ausgegeben.

Angesichts dieser Tatsache ist es von Interesse, zu vernehmen, in welcher Weise die Reichsbahn den ihr angelieferten Gesteinstoff vor der Verwendung auf seine Eignung und Beschaffenheit in einem besonderen Verfahren nachprüft.

Die der Genannte einleitend feststellt, erachtet die Bahn angesichts des hohen einschlägigen Kostenaufwandes, wozu noch die Kosten für Ausbau und Abfuhr der alten Bettung sowie für Anfuhr und Einbau der neuen Bettung kommen, es für dringend geboten, für eine möglichst lange Lebensdauer der Bettung durch geeignete Maßnahmen zu sorgen.

Dies trifft besonders zu für den Trommelversuch, die bekannte Prüfung auf Ranten- und Stoßfestigkeit, die vor mehreren Jahren auf Vorschlag des Materialprüfungsamtes Berlin-Dahlem auch bei der Reichsbahn Eingang gefunden hatte.

Als ebenso ungeeignet muß ein Verfahren angesehen werden, bei dem Browürfel des Gesteins durch Schläge eines Fallbären zertrümmert werden. Zum Vergleich der Schlagfestigkeit verschiedener Gesteine soll die zur Zertrümmerung von mehreren Würfeln im Mittel erforderliche Schlagarbeit dienen.

In der Erkenntnis des offensichtlichen Mangels an wissenschaftlichen Unterlagen für eine richtige Beurteilung der unterschiedlichen Güte von Bettungstoffen hat die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft vor 4 1/2 Jahren eine Arbeitsgemeinschaft beauftragt, festzustellen, wie Gleisbettungstoffe am zweckmäßigsten und einwandfrei geprüft werden können.

Diese Arbeitsgemeinschaft hat inzwischen eingehende Vorschläge für die Prüfung von Gleisbettungstoffen ausgearbeitet. Hiernach sollen die Gesteine aus allen Steinbrüchen, die für die Reichsbahn regelmäßig Gleisbettung liefern, von Zeit zu Zeit auf ihre Verwendbarkeit und Wertigkeit eingehend untersucht werden.

Für die regelmäßigen Gesteinsuntersuchungen ist auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft inzwischen eine eigene Gesteinsprüfstelle bei der Reichsbahndirektion Kassel eingerichtet worden, die mit einem Geologen und einem technischen Prüfbeamten besetzt ist.

Ob und in welchem Maße ein Gestein zur Herstellung von Bettungstoffen geeignet ist, hängt von seiner Dauerhaftigkeit, also von seiner Widerstandsfähigkeit gegen zerstörende Einwirkungen ab.

Durch die Witterungseinflüsse können Bettungstoffe von ungenügender Wetterbeständigkeit selbst während ihrer verhältnismäßig kurzen Liegedauer physikalisch oder chemisch so verändert werden, daß sie ihre Festigkeit einbüßen oder sogar zerfallen.

Die Witterungseinflüsse können Bettungstoffe von ungenügender Wetterbeständigkeit selbst während ihrer verhältnismäßig kurzen Liegedauer physikalisch oder chemisch so verändert werden, daß sie ihre Festigkeit einbüßen oder sogar zerfallen.

Durch den Druck der Verkehrslasten werden die Bettungstoffe nicht so stark beansprucht, wie vielfach angenommen wird. Der Druckbeanspruchung bieten vielmehr schon Gesteine mit einer Druckfestigkeit von etwa 1500 kg/cm² genügend Widerstand.

Durch die Schläge beim Stopfen werden dagegen die Bettungstoffe so stark beansprucht, daß selbst die festesten Gesteine nach und nach zu Splitt, Grus und Staub zertrümmert werden.

In Anbetracht dieser verschiedenen Einwirkungen muß zur Beurteilung von Gesteinen auf ihre Eignung zur Gleisbettung geprüft werden. Genügen die Gesteine der ersten Bedingung, so ist ihre Dauerhaftigkeit lediglich von dem Grade ihrer Schlagfestigkeit oder Zähigkeit abhängig.

Bei der Untersuchung wird festgestellt: Die mineralogische Zusammensetzung des Gesteins (Art, Mengenverhältnis, Beschaffenheit und Erhaltungszustand der Gemengteile); die Gesteinsart; Die Art des Gefüges und der Kornbildung und alle sonstigen Eigentümlichkeiten des Gesteins, wie Hohlräume, Poren, Risse usw.

Die Wasseraufnahme bei normalem Luftdruck, die Wasseraufnahme unter Druck. Das Verhalten wassergetränkter Proben bei dem Frostversuch (2maliges Gefrieren und Wiederauftauen).

Die Untersuchungen auf Sonnenbrand wird bei den Basalten vorgenommen, die bei der mikroskopischen Untersuchung als „Sonnenbrandner“ verdächtig erscheinen. Der „Sonnenbrand“ kann meist schon durch Kochen oder Aetzen der Proben mit chemischen Lösungen festgestellt werden.

Die Prüfung der Bettungstoffe auf Widerstandsfähigkeit wird in folgender Weise gegen Zerbrüchen vorgenommen: In einem zylindrischen eisernen Behälter von 17 cm Ø i. L. werden 3 Liter trockenen Probekotters in einer bestimmten Korngröße und Kornzusammensetzung eingebracht.

Die vorliegende Prüfung erübrigt sich, wenn die Druckfestigkeit des Gesteins erfahrungsgemäß über 1500 kg/cm² hinausgeht, was bei den meisten Erstarrungsgesteinen und Grauwacken der Fall ist.

Die Prüfungsergebnisse mußten einen Vergleich der Widerstandsfähigkeit verschiedener Bettungstoffe gegen Schlagwirkungen ermöglichen, um hier noch ihre Gütezahlen feststellen zu können.

Nach langwierigen Versuchen ist es gelungen, ein diesen Anforderungen entsprechendes Prüfverfahren zu finden, nachdem eine geeignete Prüfvorrichtung gebaut worden war.

Zu jeder Prüfung werden 5 Liter Schotter in einer bestimmten Korngröße und Kornzusammensetzung verwendet. Diese Prüfgutmenge wird nicht abgemessen, sondern zur größeren Genauigkeit unter Berücksichtigung des Schotterraumgewichts abgewogen.

Zum ganz einwandfreien Vergleich der Widerstandsfähigkeit verschiedener Bettungstoffe gegen Schlagwirkungen kam es darauf an, die Prüfungsergebnisse richtig auszuwerten.

Zu jeder Prüfung werden 5 Liter Schotter in einer bestimmten Korngröße und Kornzusammensetzung verwendet. Diese Prüfgutmenge wird nicht abgemessen, sondern zur größeren Genauigkeit unter Berücksichtigung des Schotterraumgewichts abgewogen.

daß jede dieser Kornklassen mehr oder weniger den Gleisbettung entwertet. Die Entwertung ist darin zu erblicken, daß die bei der Zertrümmerung anfallenden Kornklassen in den Hohlräumen des Schotters mehr oder weniger verschwinden, und infolgedessen in ganz verschiedenem Maße außer dem Verlust an Raummenge eine Hohlräumverminderung und damit eine Beeinträchtigung der Wasserdurchlässigkeit herbeiführen.

Diese Entwertung steht zu dem Raumgewicht und dem Dichtigkeitsgrad des mehr oder weniger zertrümmerten Schotters in einem bestimmten Verhältnis und kann daher durch Versuche und Berechnungen zahlenmäßig ermittelt werden.

Die in der vorstehenden Weise für verschiedene Bettungstoffe ermittelte Entwertung in Prozenten bildet die Grundlage zum Vergleich ihrer Schlagfestigkeit, die zu der Entwertung im umgekehrten Verhältnis steht.

Fx = En / 100 = Ex

Auf Grund der Prüfungsergebnisse beträgt z. B. im Verhältnis zu der Schlagfestigkeit des Basaltkotters = 100 die Schlagfestigkeit des Kalksteinkotters Fk = 18,3 / 46,3 = rd. 40.

Die so errechneten Verhältniszahlen für die Schlagfestigkeit der geprüften Bettungstoffe stellen nach den früheren Darlegungen gleichzeitig ihre „Gütezahlen“ dar.

Die Streuung ist bei den mit jedem Gestein vorgenommenen zwei Prüfungen außerordentlich gering, im Durchschnitt nur 4 Prozent, ein Beweis, daß bei dem neu ausgebildeten Prüfverfahren alle Zufälligkeiten fast vollständig ausgeschaltet sind.

Wenn nach den vorstehenden Gesichtspunkten alle Gesteine aus den für die Reichsbahn liefernden Steinbrüchen geprüft und bewertet sind, werden die Beschaffungsstellen der Reichsbahn eine sichere Handhabe haben, künftig auch die Güte der Bettungstoffe bei der Ermittlung des wirtschaftlich günstigsten Angebots zu berücksichtigen.

Planwirtschaft der Konsumgenossenschaften

—ff. Die tiefgehende wirtschaftliche Unsicherheit, die infolge der grassierenden Arbeitslosigkeit in allen Industrieländern der Welt mit rund 20 Millionen beschäftigungslosen Menschen allmählich das ganze Wirtschaftsleben erfasst hat, schafft eine Atmosphäre, die grundlegenden Veränderungen des Wirtschaftslebens voranzugehen pflegt.

Die Produktivkräfte der Menschheit — industrielles und landwirtschaftliche mit dem privaten Eigenbesitz an Maschinen, Grund und Boden — sind allmählich als eine der Folgewirkungen in den von Karl Marx vorausgesehenen Widerspruch mit den ökonomischen Interessen der Menschen getreten.

Selbstverständlich kann diese Problemlösung nur auf die industriekapitalistische und großgrundbesitzende Erzeugungswirtschaft angewendet werden — handwerkliche und bäuerliche Erzeugungswirtschaft können außer Betracht bleiben.

Da ist es nun von höchstem Interesse für die geistige Vorbereitung einer materiellen Umformung der besseren Lebensmöglichkeiten der Menschen in den industriellen und agrarischen Kulturländern der Welt, einen praktischen Anshauungsunterricht aus der genossenschaftlichen Wirtschaftsform zu gewinnen, wo ohne politisch-weltanschauliche Voraussetzung der Besitz der Produktionsmittel sich im Einklang befindet mit der gerechten Verteilung der erzeugten Güter.

Es sind die Konsumgenossenschaften, die jenen praktischen Anshauungsunterricht für die allmählich auch von einem Teil der bürgerlichen Presse in dunklem Orange geforderte „Planwirtschaft“ bilden. Und bedeuten sie im Verhältnis zur Volkswirtschaft eines Landes oder der Weltwirtschaft der Völker auch nur einen kleinen Ausschnitt, so bilden sie doch ihrem Wesen nach den Schlüssel des Problems einer gerechten Verteilung der Gütererzeugung.

